



NEWSLETTER 12/2020

FORUM | MIGRATION





Fleischindustrie: Union blockiert

Das neue Arbeitsschutzkontrollgesetz soll der Fleischindustrie ab dem 1. Januar 2021 Werkverträge und ab dem 1. April Leiharbeit verbieten. So hatte es das Bundeskabinett beschlossen. Doch die Union hatte die Abstimmung im Bundestag zunächst platzen lassen. Sie forderte massenhafte Ausnahmen von den neuen Regelungen – und bemühte dafür Argumente „wie frisch aus dem Handbuch der Fleischlobby“, so die NGG.

Formal drehte sich der Streit unter anderem um die Produktion von Grillwurst in der Sommersaison. Für solche „Auftragsspitzen“ müsse Leiharbeit weiter möglich bleiben, hieß es bei der Union. Sonst würden die Menschen billigere Wurst aus ausländischer Produktion kaufen. „Die Betriebe brauchen Beweglichkeit“, sagte der CSU-Abgeordnete Max Straubinger. „Wer dieser Branche immer noch Vertrauen schenkt, hat den Schuss nicht gehört“, sagte dazu Freddy Adjan, stellvertretender Vorsitzender der NGG. „Glaubt man den Äußerungen der Fleischbarone, dann dauert die Grillsaison von Januar bis Dezember.“ Tatsächlich ließen sich mögliche Produktionsspitzen – wie in allen anderen Branchen der Lebensmittelwirtschaft üblich – auch in der Fleischwirtschaft mit Arbeitszeitkonten und ähnlichen Modellen

abfangen. Die NGG fürchtet, dass durch die Blockade der Union das Arbeitsschutzkontrollgesetz „weichgespült, durchwässert und zum zahnlosen Tiger“ werde. „Kaum sind die skandalösen Arbeitsbedingungen und die Masseninfektionen in der Fleischindustrie etwas aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden, greift die Fleischindustrie-Lobby wieder an“, heißt es auch in einem offenen Brief von Migrationsforscher_innen und Gewerkschafter_innen. Auch die SPD ist sauer: „Wenn sich CDU und CSU weiter weigern, stellen sie den Profit der Fleischlobby über die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und über die Verabredungen in der Koalition“, sagte SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Die Abstimmung wurde erst einmal verschoben. Inzwischen hat sich die Koalition auf einen Kompromiss verständigt. Werkverträge und Leiharbeit bei der Schlachtung und Zerlegung in den Schlachthöfen sollen komplett verboten werden. Aber: Bei der Fleischverarbeitung soll es befristete und tariflich geregelte Ausnahmen für Leiharbeit geben.

 Neue Studie der Hans-Böckler-Stiftung „Ende der ‚organisierten Verantwortungslosigkeit‘?“. <https://bit.ly/3fq9yAM>

 Stellungnahme der NGG: <https://bit.ly/3fttoLh>

 Offener Brief von Akteur_innen aus Wissenschaft und Gewerkschaften: <https://bit.ly/372FRlw>

INHALT 12/2020

Fleischindustrie: Union blockiert	1
Bloße Anerkennung reicht nicht	2
Anerkennungs-News	2
Corona: Migration auf „historischem Tiefstand“	3
SVR: Berufsbildungssystem zu kompliziert	3
Stabil prekär: Löhne in der Fleischindustrie weit unter dem Durchschnitt	3
News + Termine	4
Ein unteilbarer Wert – Kommentar von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans, Bundesvorsitzende der SPD	5



Bloße Anerkennung reicht nicht

Ingenieur_innen sind die drittgrößte Berufsgruppe, die sich ihren ausländischen Abschluss in Deutschland anerkennen lässt. 2.800 waren es im vergangenen Jahr. Die Anerkennung von Ingenieur-Abschlüssen ist dabei Ländersache und regional unterschiedlich geregelt. Mal ist die Bezirksregierung zuständig, mal die Ingenieurkammer. Im kleinsten Bundesland Bremen hat diese ein bundesweit einmaliges Projekt gestartet. Nur hier ist die Kammer Mitglied im IQ-Netzwerk – und bietet neben der Anerkennungsberatung auch eine „Qualifizierungsbegleitung“.

Steffanie Schügl von der Ingenieurkammer Bremen berät seit 2015 ausländische Ingenieur_innen, die an die Weser kommen, um dort zu arbeiten. Dabei hat sie festgestellt, dass die bloße Anerkennung des mitgebrachten Abschlusses selbst oft nicht ausreicht, um beruflich Fuß zu fassen. „Es braucht da teils viel Begleitung“, sagt Schügl. Denn obwohl die Nachfrage nach Ingenieur_innen auch im Land Bremen groß ist, habe sie „ganz tolle Menschen mit oft sehr großer Berufserfahrung“ kennen gelernt, die keine Stelle gefunden haben. Die Gründe dafür seien vielfältig.

Ein Bauingenieur etwa, der seinen Abschluss anerkennen ließ, habe sofort nach seiner Ankunft in Deutschland einen Job in einem Fertigungsbetrieb gefunden. Diese Stelle hatte aber gar nichts mit seinem erlernten Beruf zu tun. „Der Mann wollte auf gar keinen Fall abhängig sein vom Staat.“ Hinzu kam, dass er möglichst schnell seine Familie nachholen wollte. „Das ist einfacher, wenn man eine feste Stelle hat, solche persönlichen Prioritäten darf man nicht vergessen“, sagt Schügl. Also blieb er in seiner fachfremden Beschäfti-

gung. „Er ist da dann immer weiter aufgestiegen, weil er so fähig war.“ Deutsch habe er sich aber nur selbst neben dem Job beigebracht. „Er hat nie einen richtigen Kurs besuchen können, weil er schon eine Stelle hatte.“ All das hindere den Mann bis heute daran, einen Job in seinem gelernten Beruf zu bekommen. „Für ihn wäre das nun ein Risiko, seine feste Stelle im Betrieb aufzugeben und eine Position als Bauingenieur zu suchen.“ Der Ingenieur bekommt nun ein durch das IQ Netzwerk vermitteltes Sprachcoaching.

Bisweilen geht es bei dem Weg in den Arbeitsmarkt nicht nur um Zeugnisse, sondern auch um Kulturfragen. Schügl erarbeitet mit den Klienten „Qualifizierungspläne“ – und verrät ihnen dabei auch, ob es okay ist, im privaten Rahmen, wie z.B. beim Fußballspiel durchblicken zu lassen, dass man sich beruflich weiterentwickeln möchte.

Dort, wo viele ihrer Klient_innen herkommen, „geht man hin, arbeitet zur Probe und bleibt“, sagt sie. „In Deutschland ist das ganz anders: Hier hat die Bewerbung einen sehr großen Stellenwert. Und wenn man das nicht weiß, ist das ein echter Nachteil.“ Viele hätten „null Chancen eingeladen zu werden, weil sie absolut unpassende Bewerbungen“ schicken, sagt Schügl.

Ein großer Fehler: Standardanschreiben, verfasst teils mit Hilfe von Coaches, in denen viel über die Bewerber_innen steht – aber nichts Konkretes über das angeschriebene Unternehmen und die Stelle. „Arbeitgeber reagieren da fast alle gleich drauf: Das wird in der Regel sofort gelöscht“, sagt Schügl. „Zum Teil sind sie sogar verärgert und sagen, das ist ja ‘ne Frechheit.“ Umgekehrt höre sie Klagen der

Bewerber_innen: „Ich hab‘ schon 150 Bewerbungen verschickt und nichts gehört.“

Um das Jahr 2016 herum waren viele von Schügl Klient_innen Geflüchtete. Heute machen diese etwa die Hälfte aller Ratsuchenden aus. Es kämen viele Frauen über Familiennachzug, Spätaussiedler_innen, Ost- und Südeuropäer_innen, zuletzt habe sie vermehrt mit türkischen Abschlüssen zu tun. „Da bildet sich das Weltgeschehen immer ein Stück weit ab.“

Die Sprache sei dabei ein wichtiges Thema. „Viele Bewerber_innen denken, dass Englisch ausreicht, aber das ist nicht so, jedenfalls nicht in Bremen. Man muss meistens schon auch gut Deutsch können“, sagt Schügl. Ein K.-o.-Kriterium sei dies aber nicht. „Ich höre immer wieder von den Arbeitgebenden, dass die zwar erwarten, dass man sehr gut Deutsch spricht. Aber wenn alles andere stimmt und die Bereitschaft da ist, fehlende Deutschkenntnisse aufzuholen, dann ist das zweitrangig. Dann sind die Passgenauigkeit und die Motivation wichtiger.“

Für ihre Arbeit wünscht sie sich mehr Kommunikation mit den Betrieben. Oft, so ihr Eindruck, werde ausländischen Ingenieur_innen, zumal aus bestimmten Regionen, „nicht so viel zugetraut“. Das ändere sich, wenn Arbeitgeber_innen dann doch ausländische Mitarbeiter anstellen.

Einige hätten ihre Erfahrungen bei Netzwerktreffen geschildert, die Schügl organisiert hatte. „Viele waren hinterher sehr zufrieden, die Mitarbeiter hätten sich sehr schnell eingearbeitet und seien sehr motiviert, berichten sie.“


Anerkennungs-News


Anwerbung von Pflegekräften: „Moderne Schuldnechtschaft“

Kliniken in Deutschland zwingen ausländische Pflegekräfte dazu, fünfstellige Anwerbekosten zu erstatten, wenn sie in einen anderen Betrieb wechseln. Das berichtet das Recherchezentrum Correctiv. Dabei geht es unter anderem um Kopfprämien von bis zu 15.000 Euro. Diese Summen zahlen einige Kliniken mittlerweile an Vermittler, die ihnen ausgebildetes Fachpersonal aus dem Ausland beschaffen.

Doch wenn die Pflegekräfte den Arbeitgeber wechseln wollen, müssen sie die Kosten ihrer Anwerbung erstatten. „Ihre Zeit in Deutschland beginnt also mit einer Schuld, die sie abtragen müssen“, schreibt Correctiv. Verträge, die Correctiv einsehen konnte, binden die Pflegekräfte dabei bis zu fünf Jahre an die Klinik. Christiane Brors, Professorin für Bürger-

liches Recht und Arbeitsrecht an der Universität Oldenburg sprach von „moderner Schuldnechtschaft“. „Wir kennen das und halten das in Teilen für illegal“, sagt Michael Dehmlow vom ver.di-Fachbereich Gesundheit und Soziales. Arbeitgeber könnten allenfalls Kosten für Fort- und Weiterbildungen zurückverlangen, wenn ein_e Beschäftigte_r vorzeitig kündigt. Vermittlungsgebühren zurückzuverlangen schränke das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes ein. „Das ist nicht in Ordnung. Wir raten allen Betroffenen dazu, sich dagegen zu wehren und jeden Einzelfall juristisch prüfen zu lassen“, sagt Dehmlow. „Wir helfen dabei.“


 ver.di-Studie zur erfolgreichen betriebliche Integration von Pflegefachkräften aus dem Ausland (2019)
<https://bit.ly/2JfMfgX>

 Die komplette „Correctiv“-Recherche „Nurses for Sale“ steht hier: <https://bit.ly/318Zeyz>

 Beratungsstellen z.B.: Faire Mobilität www.faire-mobilitaet.de oder www.faire-integration.de

Bertelsmann: Neuer Report zu Global Skills Partnerships

Der 2018 verabschiedete Globale Migrationspakt der UN nennt globale Kompetenzpartnerschaften („Global Skills Partnerships“/GSP) als Möglichkeit, die Fachkräftebasis global zu stärken. In Deutschland läuft das Modell unter dem Schlagwort „transnationale Ausbildungspartnerschaften“. Die Bertelsmann-Stiftung hat nun existierende Ausbildungspartnerschaften unter anderem mit der Republik Kosovo untersucht.

 Bertelsmann-Report „Transnationale Qualifizierungs- und Mobilitätspartnerschaften“: <https://bit.ly/362021H>



Corona: Migration auf „historischem Tiefstand“


Die Corona-Pandemie hat die globale Migration in historischem Ausmaß gebremst. Das schreibt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem neuen Jahresbericht.

Demnach ist etwa die Zahl der erteilten neuen Visa in den 37 OECD Mitgliedsstaaten im ersten Halbjahr 2020 im Durchschnitt um 46 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesunken – in Deutschland 57 Prozent in Österreich 40 Prozent und in der Schweiz 31 Prozent. Im zweiten Quartal betrug der Rückgang OECD-weit sogar 72 Prozent. Der gegenwärtige wirtschaftliche Abschwung werde zudem „höchstwahrscheinlich auch die Auswirkungen auf die Arbeitsmigration verschärfen“, so die OECD. Die Organisation rechnet für das Jahr 2020 mit einem „historischen Tiefstand“ der weltweiten Mobilität. Die COVID-19-Pandemie habe

einmal mehr gezeigt, welchen entscheidenden Beitrag Migrant_innen zum Funktionieren unserer Gesellschaften leisten, schreibt die OECD. „Wanderarbeitskräfte stehen an vorderster Front der COVID-19-Krise.“ Im Gesundheitssektor machen sie 24 Prozent der Ärzte und 16 Prozent der Krankenschwestern aus. Im OECD-Schnitt stammt jedeR vierteR Ärzt_in aus dem Ausland – in Deutschland ist es etwa ein Fünftel, in Österreich ein Sechstel und in der Schweiz sogar fast die Hälfte. Migrant_innen seien auch im Bereich der häuslichen Dienstleistungen, der Reinigungsindustrie, der landwirtschaftlichen Saisonarbeit und des Transportsektors überrepräsentiert.

„Selbst als Reisen stark eingeschränkt wurden, erkannten die meisten Länder, dass sie für Migrant_innen in diesen Bereichen Ausnahmen machen mussten.“ Gleichwohl seien Migrant_innen den wirt-

schaftlichen Folgen der Pandemie unverhältnismäßig stark ausgesetzt. Viele arbeiten in den am stärksten betroffenen Sektoren wie dem Hotel- und Gaststättengewerbe, oft mit Zeitarbeitsverträgen, von denen einige während der Krise ohne Verlängerung ausliefen. So betraf der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu 34 Prozent Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft, in Österreich waren es 41 Prozent in der Schweiz 46 Prozent. Ähnliche Tendenzen seien trotz vieler Programme zur Unterstützung des Arbeitsmarktes in den meisten europäischen Ländern zu beobachten, so die OECD. Studien aus mehreren OECD-Ländern zeigten zudem, dass Zugewanderte ein mindestens doppelt so hohes Infektionsrisiko wie im Inland Geborene haben.

 OECD International Migration Outlook 2020:
<https://bit.ly/2UVIO2J>


SVR: Berufsbildungssystem zu kompliziert

Über fünf Millionen junge Menschen sind seit 2014 in die EU geflüchtet, zugewandert oder als Unionsangehörige innerhalb des Staatenverbunds gewandert. Berufliche Bildung ist für diese Gruppe der wichtigste Weg in den Arbeitsmarkt – und für die Aufnahmegesellschaften Voraussetzung für die Fachkräftesicherung. Doch das Bildungssystem ist in vielen Ländern kompliziert und voller Hürden: Probleme mit dem Aufenthaltsstatus, der Arbeitserlaubnis, fehlende Zeugnisse oder ein zu hohes Alter für die (Berufs-)Schulpflicht versperren oft den Weg zu einer Ausbildung.

In einer neuen Studie hat der Sachverständigenrat Migration nun untersucht, wie dieses System vereinfacht werden kann. Eine Lehre: Junge Zugewanderte sollten engmaschig und kontinuierlich beraten und in „Bildungsnetzwerken“ unterstützt werden. „Um den Weg zum Ausbildungsbeginn zu verkürzen, sollten erstens Sprach- und Vorbereitungskurse ausgeweitet und zweitens sollte die berufliche Ausbildung flexibilisiert werden“, sagt Dr. Cornelia Schu, Direktorin des SVR-Forschungsbereichs.

Bei der Gestaltung von Zugängen zur Bildung sei zu bedenken: Viele Personen mit ursprünglich nachran-

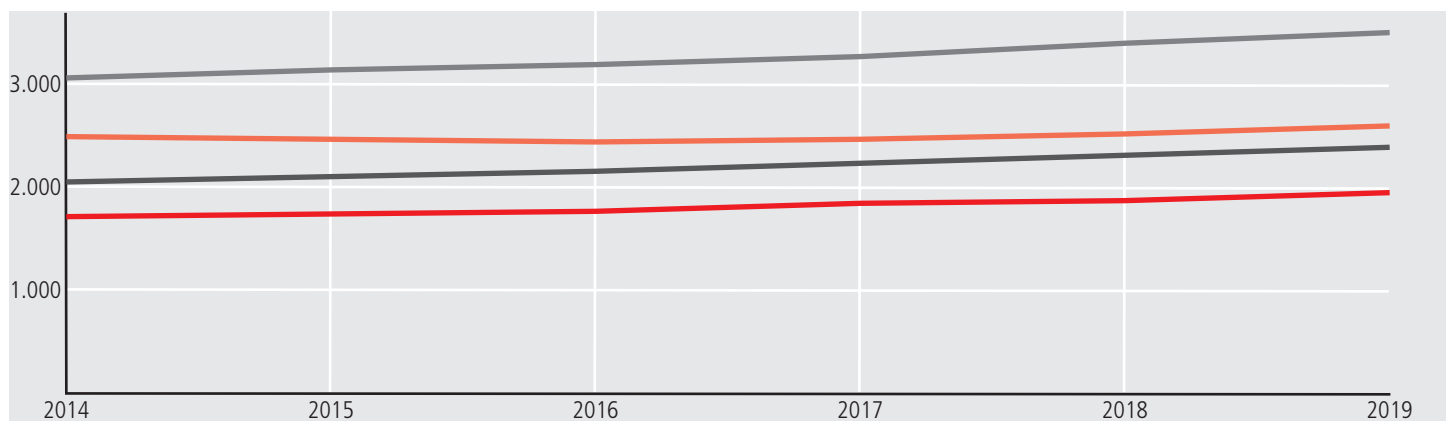
gigem Zugang zum Arbeitsmarkt werden „faktisch dauerhaft bleiben“, so der SVR. „Eine fehlende frühzeitige Vorbereitung kann die langfristige Arbeitsmarktintegration behindern.“ Zukünftig brauche es nicht nur Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungsetappen in einem Mitgliedstaat, sondern auch mehr Durchlässigkeit in der beruflichen Bildung zwischen den EU-Mitgliedstaaten, etwa durch den „Kopenhagener Prozess“ oder das European Credit System for Vocational Education and Training.

 SVR-Studie „Heraus aus dem Labyrinth“ zur Berufsbildung für junge Eingewanderte: <https://bit.ly/3pTWfNH>

Stabil prekär: Löhne in der Fleischindustrie weit unter dem Durchschnitt

Veränderung Medianeinkommen monatlicher Bruttolohn 2014 bis 2019 (in Euro)

■ = Deutsche – alle Branchen · ■ = Ausländer – alle Branchen · ■ = Deutsche – Fleischindustrie · ■ = Ausländer – Fleischindustrie





News + Termine

Bremen: Der Skandal, der keiner war – Gericht streicht BAMF-Anklage zusammen

Die Staatsanwaltschaft Bremen hat sich damit abgefunden, dass sie mit ihrer Anklage wegen angeblicher Missstände in der Bremer Außenstelle des Bundesamtes für Asyl und Migration (BAMF) weit gehend gescheitert ist. Die Verfolgungsbehörde reichte keine Beschwerde dagegen ein, dass das Landgericht von ihrer 121 Einzelaten umfassenden Anklage nur wenige Punkte zugelassen hatte. Der Fall der Bremer BAMF-Außenstelle erregte im Frühjahr 2018 bundesweit Aufmerksamkeit. Damals war von mindestens 1.200 unrechtmäßig bewilligten Asylanträgen die Rede. Eine Prüfgruppe des BAMF fand bei einer genauen Untersuchung der Akten von 18.000 Antragsteller_innen aus den Jahren 2006 bis 2018 nur in 145 Fällen Belege für „manipulative Einflussnahme“. Im Mai 2018 hatte sich Bundesinnenminister Horst Seehofer „namens der Bundesregierung“ bei der Bevölkerung für die Vorgänge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Bremen entschuldigt. Es handele sich um einen „handfesten, schlimmen Skandal“, sagte Seehofer da. Zwei Wochen später setzte er die BAMF-Präsidentin Jutta Cordt wegen der Affäre ab und holte den als Hard-liner geltenden CSUler Hans-Eckhard Sommer an die Behörden Spitze.

 Mitteilung des Landgerichts Bremen: <https://bit.ly/377oqjw>
(Pressemitteilung Nr. 75/2020 vom 06.11.2020)

Diskriminierende Corona-Regeln: Kein Familienwochenende für Fahrer aus Drittstaaten

In Slowenien gelten seit dem 16. November verschärfte Corona-Regeln. Die sehen unter anderem vor, dass Lkw-Fahrer und -Fahrerinnen, die für slowenische Unternehmen arbeiten, aber aus Drittländern kommen, nicht mehr am Wochenende zu ihren Familien, in Ländern wie Bosnien oder Serbien fahren dürfen. „Ihre Ruhezeit müssen sie jetzt in Lastwagen oder in ungeeigneten Unterkünften verbringen“, sagt Marko Tanasic vom slowenischen Gewerkschaftsverband ZSSS. Das habe „keine positiven Auswirkungen auf die Pandemiesituation und ist diskriminierend“. Slowenien hat die Gründung von Briefkastenfirmen erleichtert, weshalb sehr viele Drittstaatler aus Ländern wie Kosovo, Bosnien oder Serbien als Fahrer über Slowenien entsandt werden. Hilfe bietet unter anderem die Corona-Hotline der Beratungsstelle Faire Mobilität auf Bosnisch-Kroatisch-Serbisch: +49 (0) 800 0005776 (Montag und Mittwoch 9.00-12.00 und 13.00-17.00 Uhr, Donnerstag 13.00-17.00 Uhr) und im Projekt Fair Working Conditions Marko Tanasic von dem slowenischen Gewerkschaftsdachverband ZSSS: +386 (1) 4341290, www.fair-labour-mobility.eu/help-desks.

Aufruf: Grundwerte in der Pandemie erhalten


Die „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“ hat in einem ge-

meinsamen Aufruf dafür geworben, angesichts der aktuellen Herausforderungen der Corona-Pandemie demokratische Grundwerte und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren, den Diskurs zu suchen und Solidarität zu üben. „Seit Oktober sind die Infektionszahlen wieder stark angestiegen. Wenn wir das aktuelle Pandemiegeschehen nicht rasch in den Griff bekommen, sind die Risiken erheblich: für die Gesundheit und das Leben vieler Menschen, ihre wirtschaftliche Existenz, aber auch für das gesellschaftliche Miteinander“, heißt es in einem Aufruf der Allianz. Zu dem 2016 gegründeten Netzwerk gehören unter anderem der DGB, der Zentralrat der Juden in Deutschland, der Deutsche Kulturrat und der Koordinationsrat der Muslime.

 <https://bit.ly/2JaWSBP>

Anschläge: Muslime stellen sich gegen islamistischen Terror

Mit einer Reihe von Aktionen und Stellungnahmen haben islamische Gemeinden auf die Serie von islamistischen Morden in Österreich, Frankreich und Deutschland reagiert. Bei einem multireligiösen Friedensgebet in der evangelischen Marienkirche in Berlin verurteilten Repräsentanten der großen Weltreligionen Gewalt und riefen zu Frieden und Versöhnung auf. Über Unterschiede und Grenzen hinweg müssten Brücken gebaut werden. Die islamische Theologin Kübra Dalkilic vom Berliner Drei-Religionen-Zentrum „House of One“ sagte, die Attentäter, die angeblich für Gott töten, hätten nichts mit dem Islam gemein. Der Terror kenne keine Religion. Wenn jemand einen Menschen töte, sei das laut Koran so, als hätte er die ganze Menschheit getötet. „Die Attentäter von Wien und Kabul haben uns eines demonstriert: Terror interessiert sich nicht für die Religion oder die Herkunft seiner Opfer; er trifft uns alle, Christen, Juden, Muslime, Atheisten; Europäer und Nicht-Europäer“, schreibt der Präsident der Deutschen Muslimischen Gemeinschaft, Khallad Swaid. „Wer Mord und Terror über die Menschen bringt, der hat sich an der Menschheit vergangen, der hat sich an Gott vergangen – der hat Verrat an unser aller Zivilisation und den Werten jeder Religion begangen, der hat gegen den Koran und den Propheten gehandelt“, heißt es in einer Stellungnahme des Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek. Seit Anfang Oktober waren bei islamistischen Anschlägen in Nizza, Wien, Paris, Kabul und Dresden dutzende Menschen ermordet worden.

 Briefe der Deutschen Muslimischen Gemeinschaft zu Nizza und Wien/Kabul: <https://bit.ly/2HzRE23> und <https://bit.ly/3m56axl>

Wohl 300 Menschen zuletzt im Mittelmeer ertrunken

Bei schweren Unglücken sind im November vor Libyen mindestens 149 Menschen ertrunken. Das teilte die Internationale Organisation für Migration (IOM) mit. Das Mittelmeer sei weltweit die gefährlichste

Route für Migranten und Flüchtlinge. Federico Soda, der Missionschef der IOM in Libyen sagte, der zunehmende Verlust an Menschenleben im Mittelmeer sei „Ausdruck der Unfähigkeit der Staaten, unterschiedene Maßnahmen“ im „tödlichsten Seegebiet der Welt“ zu ergreifen. Die jüngsten Vorfälle reihen sich in eine Serie von Schiffsunglücken mit hundert Toten in den vergangenen Wochen ein. Allein elf Unfälle ereigneten sich seit dem 1. Oktober vor der Küste Libyens. Insgesamt sind damit von Januar bis November 2020 945 Menschen im Mittelmeer ertrunken, weitere 535 starben auf dem Weg nach Europa im Atlantik. Rund 11.000 Menschen wurden seit Januar 2020 von der so genannten libyschen Küstenwache auf dem Meer abgefangen und in Internierungslager gebracht. Gleichzeitig wird das deutsche Rettungsschiff Sea Watch 4 weiter auf Sizilien von den Behörden festgehalten.

 <https://www.united4rescue.com>

Kampf gegen Rechts: Bundesregierung stellt fast eine Milliarde bereit

Mit rund 90 Einzelmaßnahmen will die Bundesregierung den Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus stärken. Der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde Deutschland Gökay Sofuoğlu beklagte aber, es fehle an konkreten Zielen, die sich auch nachvollziehen ließen. Der Vorsitzende des Vereins „Deutsch Plus“, der sich für eine vielfältige Einwanderungsgesellschaft einsetzt, Farhad Dilmaghani, sah Licht und Schatten. „Gut ist, dass über eine Reihe von Einzelmaßnahmen und Ausbau von bestehenden Programmen die Zivilgesellschaft gestärkt und Prävention ausgebaut wird. Das Wissen über Rassismus in unserer Gesellschaft wird verbreitert und die Strafverfolgung von Rechtsextremen verbessert“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. Allerdings müsse der Staat mehr Geld in die Hand nehmen. Sein Verein habe zuletzt ungefähr zwei Milliarden Euro pro Jahr gefordert. Vor allem fehle aber ein unabhängiger Mechanismus zur Überprüfung der Wirksamkeit des Pakets.

Projekt KompAKT: Multiplikator_innen für Vielfalt im Betrieb

Die IQ Consult bietet im Rahmen des Modellprojekts KompAKT Beratungen und Qualifizierungen zur betrieblichen Gestaltung von Vielfalt an. Das Ziel: Praxisnah zeigen, wie Hürden abgebaut werden können, die Jugendliche mit Migrationsgeschichte auf dem Weg in den Betrieb behindern. Das Angebot richtet sich an Ausbilder_innen, Meister_innen und jugendliche Multiplikator_innen.

 Flyer & Infos Projekt KompAKT: <https://bit.ly/3q4c30j>

Termine

Aktuell bieten wir keine Präsenzveranstaltungen an. Unsere Online-Veranstaltungen von Mento findest du hier:

 <https://www.dgb-mento.de/mento/unsere-digitalen-angebote>



Ein unteilbarer Wert

Saskia Esken; © Anne Hufnagel
Norbert Walter-Borjans; © Thomas Trutschel / Photofreik



Kommentar von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans, Bundesvorsitzende der SPD

Arbeit ist nie nur eine Frage des Broterwerbs allein. Es geht immer auch um Selbstbestimmung, gute Arbeitsbedingungen und die Chance auf persönliche Entwicklung und Freiheit. Es geht um den Wert der Arbeit, um Respekt und Anerkennung. Insofern dient Arbeit dem Lebensunterhalt in einem sehr umfassenden Sinne. Und dieser Wert ist nicht teilbar. Nicht im eigenen Land und auch nicht für diejenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zu uns kommen, um zu arbeiten – aus welchen Gründen auch immer. Das ist sozialdemokratische Überzeugung.

Menschen sollen die Chance haben, ihr Glück da zu suchen, wo sie glauben, es mit ihren Fähigkeiten und Talenten finden zu können. Unser Verständnis von Solidarität ist es dabei, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich nicht gegeneinander ausspielen lassen – nicht zwischen einzelnen Betrieben, nicht zwischen Nationen. Dieser Grundsatz ist so wichtig und so aktuell wie er immer war.

Darum ist die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa als ursozialdemokratisches Projekt eine Errungenschaft von historischer Dimension. Die Freiheit, dort Arbeit zu suchen und zu leben, wo man es möchte. Zur Wahrheit gehört auch: Kaum ein anderes Land in der Europäischen Union hat hiervon mehr profitiert als Deutschland. Unser Land ist bunter geworden und dabei stärker und erfolgreicher. Über die Verbindung der Arbeitnehmer_innen in ihre Herkunftsländer haben wir als Gesellschaft Verbindungen in alle Welt entwickelt.

Dabei liegt es in unserer Verantwortung, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit von Arbeitgebern nicht missbraucht wird für ausbeuterische Arbeitsverhältnisse. Manche Unternehmen versuchen aus der Arbeitnehmerfreizügigkeit Profit zu schlagen, indem sie Arbeitnehmer_innen als EU-Inländer oder EU-Ausländer kategorisieren und diese Kategorien gegeneinander ausspielen. Ihr Ziel ist es, den Arbeitsschutz und gute Arbeitsbedingungen zu schleifen und Dumpinglöhne zu etablieren.

Unsere Antwort darauf heißt Solidarität. Gemeinsam stehen wir ein für Gleichbehandlung, starken Schutz und bessere Regeln für alle Arbeitnehmer_innen gleichermaßen.

Die Auseinandersetzung um die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie sind ein aktuelles Beispiel. Gier ist das Motiv für den skrupellosen Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit. Unser SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil will das stoppen – und wird immer wieder von CDU/CSU ausgebremst, die vor der Branchenlobby ein ums andere Mal einknicken. Das wird uns letztlich aber nicht aufhalten.

Denn wir sehen den Weg klar vor uns – und sind auch längst schon wichtige Schritte gegangen. Wenn wir zurückblicken, sehen wir die europäische Integration der vergangenen Jahrzehnte als weit gehend ökonomisch geprägt. Wenn wir aber den Blick nach vorne richten, dann sehen wir eine weitere deutliche Stärkung der sozialen und der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Horizont. Denn nur so wird ein vereintes Europa die allgemeine Akzeptanz erhalten, die es braucht, um langfristig bestehen zu können.

Für Deutschland ist es der nächste überfällige Schritt, die revidierte Europäische Sozialcharta endlich zu ratifizieren. Zum Beispiel für wirksame europäische Mindestlöhne.

Auch das erfolgreiche sozialdemokratische Modell des Kurzarbeitergeldes kann auf EU-Ebene eingeführt beziehungsweise ermöglicht werden. Die EU-Kommission stellt auf Initiative der SPD und von Olaf Scholz und Hubertus Heil 100 Milliarden Euro für das Sure-Programm bereit, das vor allem den heftig von der Corona-Krise betroffenen Ländern Südeuropas hilft, Massenarbeitslosigkeit zu verhindern.

Natürlich wissen wir: Wir sind lange noch nicht am Ziel. Viele Entwicklungen müssen vorangetrieben und weiter verbessert, andere erst noch angestoßen werden.

Auch bei der Debatte über Arbeitnehmerfreizügigkeit und Arbeitsmigration aus Ländern außerhalb der Europäischen Union geht es um nicht weniger als die grundlegenden Werte, auf denen Europa aufgebaut ist: Solidarität und Mitmenschlichkeit sind die Werte, die das Zusammenleben in allen Bereichen prägen und leiten müssen und damit auch die Wirtschaft und unser Zusammenarbeiten.

Nicht auszuklammern ist in dieser Debatte das Thema der „Wirtschaftsflüchtlinge“. Wir unterscheiden zwei Arten von Wirtschaftsflüchtlingen: Im üblichen Sprachgebrauch sind damit Menschen gemeint, die ihre Heimat und ihre Familie verlassen müssen, um eine Perspektive zu finden. Wirtschaftsflüchtlinge nach unserer Definition sind aber auch Arbeitgeber, die aus der Tarifbindung aussteigen und sich damit der Verantwortung für ihre Beschäftigten entziehen. Unternehmer, die von ihrer Gier getrieben pausenlos auf der Suche sind nach Nischen, um Dumpinglöhne zu zahlen und Arbeitnehmer_innenrechte zu unter-

laufen. Immer auf der Flucht vor einer Wirtschaftsordnung, die den Menschen im Mittelpunkt sieht.

Wenn wir über Arbeitsmigration sprechen, dann geht es um die Werte unseres Zusammenlebens, -arbeitens und -wirtschaftens. Es geht aber auch darum, dass wir sie brauchen. Aufgrund der demografischen Entwicklung sind wir künftig noch stärker auf Zuwanderung aus Drittstaaten angewiesen. Wir brauchen die Unterstützung von qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und das wirtschaftliche Wachstum und unsere Sozialsysteme auch weiterhin zu sichern.

Am 1. März 2020 ist endlich das Fachkräfteeinwanderungsgesetz in Kraft getreten, für das wir als SPD so lange gestritten haben. Damit öffnen wir den deutschen Arbeitsmarkt erstmalig vollständig nicht nur für Hochqualifizierte, sondern auch für Fachkräfte mit Berufsausbildung.

Das war ein wichtiger Schritt, aber noch nicht das Ende des Weges. Es wird nicht die letzte Auseinandersetzung um den Zusammenhang von Arbeit, Selbstbestimmung, die Chance auf persönliche Entwicklung, Solidarität und Menschlichkeit gewesen sein – und um unsere eigenen Interessen, nicht nur als Wirtschafts-, sondern auch als Arbeitsstandort. Es war ein wichtiger Schritt, aber noch nicht das Ende des Weges.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

